

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.292.958

Wien, am 11. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. April 2021 unter der Zl. 6299/J-NR/2021 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz von intergeschlechtlichen und Trans*-Personen in Europa“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 6:

- *Welche konkreten Schritte und Maßnahmen hat Ihr Ministerium seit diesem Beschluss des Nationalrats (206/UEA) gesetzt? Bitte um detaillierte Antwort.*
- *Bei welchen internationalen Anlässen bzw. Sitzungen im Rahmen der Europäischen Union haben Sie die Situation von intergeschlechtlichen und Trans*-Personen in Europa zum Thema gemacht? Bitte um detaillierte Antwort.*
- *Bei welchen anderen bi- und multilateralen Anlässen haben Sie die Situation von intergeschlechtlichen und Trans*-Personen in Europa zum Thema gemacht? Bitte um detaillierte Antwort*
- *Welche konkreten weiteren Schritte plant Ihr Ministerium zur Umsetzung dieses Beschlusses des Nationalrats? Bitte um detaillierte Auflistung.*

Ich verweise auf meine Beantwortung der Parlamentarischen Anfragen Zl. 5289/J-NR/2021 vom 10. Februar 2021 sowie Zl. 6201/J-NR/2021 vom 9. April 2021. Darüber hinaus wird sich das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) wie im Regierungsprogramm vorgesehen auch weiterhin kontinuierlich auf bi- und multilateraler Ebene für die Förderung der Rechte und den Schutz von intersexuellen und Transgender-Personen einsetzen.

Österreich hat im Rahmen der 45. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (VN-MRR) gemeinsam mit einer überregionalen Gruppe interessierter Staaten erstmals eine Erklärung zu den Rechten von intersexuellen Personen abgegeben. Deshalb wird Österreich in diesem Bereich eine Themenführerschaft zuerkannt. Die Initiative wurde insbesondere auch von Seiten der internationalen Zivilgesellschaft äußerst positiv wahrgenommen. In Zukunft wird sich dadurch die Möglichkeit für Österreich ergeben, dieses neue und wichtige Thema im VN-MRR weiter voranzutreiben.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Gab es Ihrerseits direkte oder indirekte Gespräche in Hinblick auf diesen Beschluss mit Vertreter*innen oder Institutionen der Republik Ungarn?
Wenn ja, in welcher Form und mit welchen Ergebnissen?
Wenn nein, warum nicht?*
- *Gab es Ihrerseits direkte oder indirekte Gespräche in Hinblick auf diesen Beschluss mit Vertreter*innen oder Institutionen der Republik Polen?
Wenn ja, in welcher Form und mit welchen Ergebnissen?
Wenn nein, warum nicht?*

Die Situation in Ungarn und Polen, inklusive die menschenrechtliche Situation, wird im Rahmen des Rats der Europäischen Union sowie in bilateralen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern beider Staaten regelmäßig thematisiert. Dabei wird auch auf die Situation von intersexuellen und Transgender-Personen eingegangen.

Neben dem in der Begründung dieser Anfrage angeführten Entschließungsantrag betreffend „Schutz von intergeschlechtlichen und Trans*-Personen in Europa“ vom 29.5.2020 wurde am 8. Juli 2020 eine Entschließung des Nationalrats betreffend „Einsatz für LGBTIQ-Rechte in Polen“ angenommen. In Umsetzung der in dieser Entschließung enthaltenen Aufforderung, sich auf bilateraler Ebene für die Umsetzung der LGBTIQ-Rechte einzusetzen, hat der Österreichische Botschafter in Polen diese Entschließung im September 2020 an den zuständigen Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium sowie an den Leiter des politischen Kabinetts der Kanzlei des Premierministers überreicht. Weiters hat Österreich eine Erklärung von 50 Leiterinnen und Leitern von Botschaften bzw. Internationalen Organisationen zur Unterstützung der Rechte von LGBTIQ-Personen am 26. September 2020 unterzeichnet, was große mediale Aufmerksamkeit nach sich gezogen hat. Auf der Facebook-

Seite der Österreichischen Botschaft Warschau wird sowohl regelmäßig über die Rechte von LGBTIQ-Personen in Österreich als auch über die gegenständliche EntschlieÙung des Nationalrats informiert. Auch im Jahr 2021 hat die Österreichische Botschaft Warschau den Unterstützungsbrief anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie am 17. Mai (IDAHOBIT) unterzeichnet.

Mag. Alexander Schallenberg

